

Handelspolitische Grundsatzposition der Landwirtschaft

Situation und grundsätzliche Bewertung

- Eine stabile und krisensichere Versorgung der heimischen Bevölkerung mit gesunden und erschwinglichen Lebensmitteln ist und bleibt die Kernaufgabe der Landwirtschaft. Die COVID-19 Krise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig eine starke europäische Landwirtschaft und eine regionale Lebensmittelerzeugung für die Versorgungssicherheit sind.
- Ein regelbasierter Handel ist auch für die Landwirtschaft erstrebenswert, um einen gesicherten Marktzugang zu Drittländern zu erhalten. So kann Handel positiv für die Gesellschaft und das internationale Miteinander sein. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher außerhalb der EU wollen die hohe Qualität und Sicherheit europäischer Lebensmittel genießen.
- Für eine nachhaltige Landwirtschaft ist es existenziell, dass im Agrarhandel vergleichbare Mindestregeln im Umwelt-, Klima- und Tierschutz befolgt werden. Das ist heute bei vielen Ländern bzw. Handelsabkommen nicht bzw. nur eingeschränkt der Fall.
- Die Europäische Union strebt mit dem Green Deal eine globale Vorreiterrolle in Sachen Klima- und Umweltschutz an. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirtschaft droht aber durch immer höhere Standards und eine zunehmende Verbotspolitik innerhalb der EU verloren zu gehen.
- Die heimische Erzeugung wird tendenziell durch Agrarimporte zu Dumping-Standards verdrängt. Auf diesen „Leakage-Effekt“ zu Lasten von Verbrauchern, Landwirten und Umwelt hat die EU-Handelspolitik bisher keine ausreichende Antwort gefunden. Diese Problematik wird jetzt erstmals in der Klimapolitik ernsthaft diskutiert (carbon border adjustment).
- Die Handelspolitik der Bundesregierung neigt in besonderem Maße dazu, Fragen des Agrarhandels nachrangig gegenüber dem Handel mit Industrieprodukten zu gewichten. Die EU-Handelspolitik gewichtet den Agrarhandel ausgewogener.

Handelspolitische Forderungen

Für eine erfolgreiche Umsetzung der europäischen Bestrebungen im „Green Deal“ ist eine grundlegende Anpassung der Handelspolitik notwendig. Agrarimporte aus Drittländern dürfen die hohen und kostenintensiven EU-Standards im Verbraucher-, Umwelt-, Klima- und Tierschutz nicht unterlaufen. Hier muss die Politik aktiv entgegenwirken.

- Das EU-MERCOSUR-Abkommen steht exemplarisch für die fehlgeleitete Handelspolitik. Es wird abgelehnt und muss neu verhandelt werden. Das Abkommen muss nochmals auf Umwelt- und Klimaverträglichkeit sowie Tierwohl überprüft und an die Standards des EU „Green Deal“ angepasst werden.
- Alle künftigen Handelsabkommen müssen spezifische Klauseln enthalten, wonach Agrarprodukte nur dann zollfrei gehandelt werden, wenn sie europäischen oder gleichwertigen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards entsprechen. Mittels Audits und Inspektionsbesuchen durch EU-Institutionen muss die Einhaltung gewährleistet sein. Unter dieser Bedingung steht der DBV weiteren Handelsabkommen grundsätzlich offen gegenüber, soweit eine Vereinbarung über die Ausnahme sensibler Produkte möglich bleibt.
- Lebensmittel und Agrargüter, welche mit in der EU verbotenen Substanzen oder Verfahren hergestellt wurden, dürfen nicht in die EU eingeführt werden. Dies muss ebenfalls in Handelsabkommen abgesichert werden.
- Pläne für einen EU-Grenzausgleich im Klimaschutz (carbon border adjustment) werden unterstützt.
- Es sollten generell Instrumente und Mechanismen entwickelt werden, welche die Differenzen zwischen internationalen und europäischen Umwelt-, Klima- und Tierwohlstandards sowie unterschiedlichen Produktionsauflagen ausgleichen. Bis dahin bleibt in der EU ein Ausgleich über Direktzahlungen grundsätzlich notwendig.
- Europäische und regionale Erzeugnisse müssen für die europäischen Verbraucher klar erkennbar sein, damit sie regionale Wirtschaftskreisläufe durch ihre Kaufentscheidung stärken können. Importware aus Drittländern muss als solche gekennzeichnet werden.
- Darüber hinaus können privatwirtschaftliche Branchenstandards in Deutschland und der EU entwickelt werden, die mittels Zertifizierungssystemen Importe von Agrargütern, welche diese Standards unterlaufen, unmöglich machen. Kehrseite ist die damit verbundene Bürokratie entlang der Wertschöpfungskette. Deswegen muss im Regelfall der Schutz vor Standard-Dumping durch die Handelspolitik selbst erfolgen.